

Neustädter FDP kritisiert die Landesregierung

Ortsverband weist auf bisher fehlende Planung für die Müllverbrennung hin

NEUSTADT – Die Liberalen gehen „beruhigt“ in die Sommerpause, nachdem die Stadtverordnetenversammlung einstimmig rechtliche Schritte gegen die Erweiterung des Müllheizkraftwerkes in Neustadt eingeleitet hat (wir berichteten).

Der FDP-Ortsverband warnt bereits seit dem Frühjahr 2006 vor den Gefahren, die auf die Stadt und die Bevölkerung zu-

kommen, wenn die ZVO Geschäftsführung den Müll aus der weiteren Umgebung nach Neustadt holt. „Der einheitliche Beschluss aller Parteien im Stadtparlament mit dem Rückhalt des großen Anteils der Bevölkerung ist eindrucksvoll. Er sollte nun wirklich den Vertretern von Kreis und Umweltbehörde und letztendlich den Verwaltungsrichtern zumindest soweit zu denken

geben, sich noch einmal auf die Thematik ein zulassen“, erklärt der FDP-Vorsitzende Werner Schmidt. Denn die Argumente gegen den Erweiterungsbau seien sachlicher Natur und wohl fundiert.

Auftrag auch für alle gewählten Vertreter der politischen Parteien im Kreistag sei es, so Schmidt, Schaden vom Volke abzuwenden und sich auch für den

Bürger und seine Anliegen einzusetzen. Die FDP ist überzeugt, dass es noch stärkere Argumente gegen die stadtnahe Müllverbrennung geben werde, die im Bereich der bereits belasteten Umgebung zutage treten werden. Dass es landesweit keine Planung der Müllverarbeitung oder Verbrennung gäbe, sei ein großer Fehler der Landesregierung, kritisiert Schmidt. bl